

lungen in West-Berlin oder in den west-deutschen Zonenrandgebieten.“

Vor allem der ABM-Wahnsinn schadet mehr, als er nutzt. Staatliche Beschäftigungsgesellschaften, die oft viel billiger anbieten können oder bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden, machen den ganz normalen Unternehmen Konkurrenz.

Die haben es ohnehin schwer genug im Osten. Gerade Handwerksbetriebe und Dienstleister leiden unter einem Mangel an Eigenkapital, wie die Bundesbank jüngst analysierte. Weil sie erst ein paar Jahre existieren, fehlte einfach die Zeit, ein Polster anzusparen, zudem machte noch 1996 jeder dritte Ostbetrieb Verlust.

Allein der statistische Durchschnitt, der eine Eigenkapitalquote von 22,3 Prozent aufweist, suggeriert, daß die Ostfirmen fast genausogut mit Eigenmitteln ausgestattet sind wie die Westkonkurrenz. Doch während Ostgroßbetriebe mit über 30 Prozent vergleichsweise stabil sind, bringen es Firmen mit unter fünf Millionen Mark Umsatz auf gerade mal 8,5 Prozent Eigenkapital. Damit leben viele hart am Rande der Pleite. „Die Kluft zwischen finanzschwachen und finanzstarken Unternehmen hat

sich weiter vergrößert“, stellt die Bundesbank nüchtern fest.

Viele Ökonomen plädieren dafür, Unternehmen noch gezielter über Investitionszulagen oder Eigenkapitalhilfen zu fördern, also direkte Zuschüsse vom Staat, die für klar definierte Investments vergeben werden. Diese Instrumente stehen längst bereit, doch bislang werden die Fördergelder allzusehr nach dem Gießkannenprinzip verteilt – ohne Rücksicht auf den Erfolg der Firma.

Das Zauberwort heißt Wagniskapital, bereitgestellt von privaten Anlegern. Das Ausbleiben solcher Investments, im Fachjargon „Venture Capital“ genannt, beklagt kaum einer so heftig wie der Münchner Unternehmensberater Roland Berger.

Die bisherige Wirtschaftspolitik hat die High-Tech-Firmen regelrecht benachteiligt. So waren auf Immobilienbeteiligungen Abschreibungen bis zu 50 Prozent möglich; wenn das gleiche Geld als Risikokapital in junge Firmen floß, dürfen die Investoren gerade 12,5 Prozent abschreiben.

Berger fordert deshalb, auch „Risikokapital sollte für die Geber dieser Mittel mehr als bisher steuerlich abzugsfähig werden“. Dann könnte es mehr Ostunternehmen so

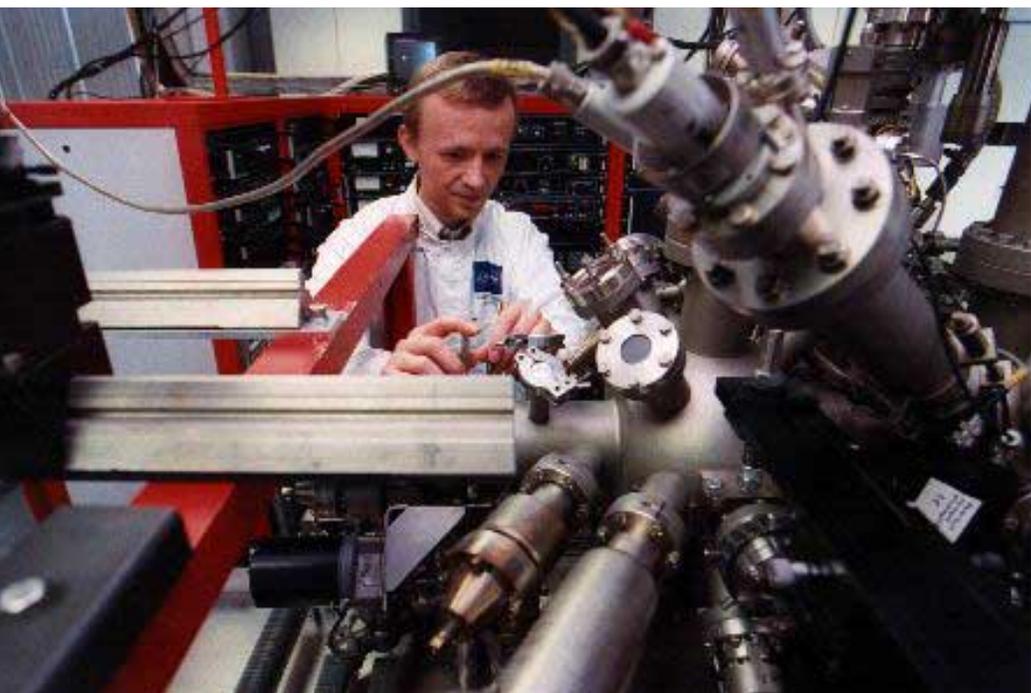
ergehen wie der Jenaer Softwarefirma Intershop Communications, die per Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen“ für sich warb, dadurch ein paar Millionen Mark von der Technologieholding VC aus Bad Homburg einsammelte und später noch mal ein Vielfaches durch den Börsengang.

Bislang waren solche Erfolgsgeschichten die Ausnahme. Erst jetzt, acht Jahre nach der Wirtschafts- und Währungsunion, seien die ersten Ost-Aktiengesellschaften „wirklich reif für die Börse“, urteilt Hans Dieter Lindemeyer. Der Computerhersteller aus Taucha bei Leipzig plazierte vergangene Woche die Aktien seines eigenen Unternehmens, der Lintec Computer AG, am Neuen Markt in Frankfurt; eine Handvoll weiterer Softwarefirmen aus dem Raum Leipzig dürfte bald folgen.

Erst im nächsten Jahrzehnt kann aus den zarten Blüten eine stabile Ostwirtschaft entstehen. Bis dahin wird der Osten neben dem Geld vor allem intelligente Ideen, politisches Engagement und risikobereites Unternehmertum benötigen.

Die Ostbürger werden sich gedulden müssen, denn allein mit staatlichen Hilfsprogrammen ist der Aufschwung nicht zu schaffen. Lohnzurückhaltung, flexible Arbeitszeiten, mehr Unsicherheit als im Westen begleiten den Weg nach oben. Die Aufbauarbeit wird härter – und sie wird länger dauern, als viele heute glauben.

Ein neuer Kanzler sollte den 16 Millionen Ostdeutschen daher vor allem eines sagen: die Wahrheit.



Produktion bei Jenoptik: „Fehlende Qualifizierung wird zum Problem“

„Eine neue Bundesregierung sollte Ostprodukte attraktiver machen, indem sie die Mehrwertsteuer für diese Waren senkt. Gleichzeitig müßte man den Sozialbeitragsteil der Lohnkosten bezuschussen, so daß die Löhne brutto abgesenkt werden, aber netto gleichbleiben. Außerdem sollte Risikokapital für die Geber dieser Mittel mehr als bisher steuerlich abzugsfähig werden.“



J. RÖTTGER / VISUM

Roland Berger, 60, Vorsitzender der Geschäftsführung der Unternehmensberatung Roland Berger & Partner

Hans-Werner Sinn, 50, Professor am Center for Economic Studies (CES) der Universität München



W. M. WEBER

CES

„Die Arbeitnehmer in Ostdeutschland sollten für mehrere Jahre auf einen Teil ihres Lohns verzichten, dafür werden sie an ihren Unternehmen beteiligt: Es wird also Sparlohn statt Barlohn gezahlt. So werden die eigenkapitalschwachen ostdeutschen Unternehmen gestärkt, und der Weg zu mehr Beschäftigung ist frei. Eine Voraussetzung für den Erfolg dieses Konzepts ist freilich, daß die nach dem Abkommen neu eingestellten Arbeitnehmer nur den verringerten Barlohn erhalten.“